

Ressort: Gesundheit

Barley mahnt im Koalitionsstreit über Paragraf 219a zur Eile

Berlin, 24.04.2018, 15:50 Uhr

GDN - Im Koalitionsstreit über das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche hat Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) zur Eile gemahnt. "SPD und CDU/CSU sind sich in manchen Punkten einig, aber an vielen Stellen liegen wir noch deutlich auseinander. Das kann jetzt nicht mehr endlos so weitergehen. Wir müssen jetzt schnell zu einer gemeinsamen Lösung finden", sagte Barley der "Welt".

Demnach wollen sich Barley, Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Familienministerin Franziska Giffey (SPD) am Mittwoch mit Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) treffen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Es gehe bei der Diskussion um den Paragrafen 219a nicht um Werbung für Schwangerschaftsabbrüche, sondern um die Information darüber, stellte Barley klar. "Ärzte brauchen Rechtssicherheit. Betroffene Frauen brauchen Unterstützung in einer persönlichen Krisensituation. Das sind die zwei Bedingungen, die zu erfüllen sind. Und die Kanzlerin hat uns zugesagt, dass wir beides auch machen werden." Es dürfe nicht mehr passieren, dass Ärzte, die nur objektiv informieren, kriminalisiert werden: "Das geht nicht."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-105179/barley-mahnt-im-koalitionsstreit-ueber-paragraf-219a-zur-eile.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com